

Interpellation Peter A. Vogt betreffend 3800 Arbeitslose und über 4200 Sozialhilfeempfänger suchen Arbeit

Die vom Interpellanten beschriebene Entwicklung betrifft ganz Europa und macht leider auch vor der Schweiz, den Kantonen und ihren Gemeinden nicht Halt. Der Gemeinderat hat bereits bei der Beantwortung von zwei Interpellationen zu diesem Thema im Dezember 2004 und im März 2005 zum Ausdruck gebracht, dass er die Entwicklung mit grosser Sorge beobachtet und bereit ist, alles in seiner Macht Stehende zu tun, um die Situation zumindest in Riehen zu lindern. Solange die wirtschaftliche Entwicklung der Schweiz keinen deutlichen Aufschwung verzeichnet, zeigen die in der Kompetenz des Gemeinderats liegenden Massnahmen allerdings lediglich eine beschränkte Wirkung.

Der Gemeinderat beantwortet die Fragen des Interpellanten wie folgt:

1. *Kann der Gemeinderat die oben genannten Angaben und Zahlen für Riehen bestätigen?*

Die Angaben für Riehen sind richtig. Wobei zu präzisieren ist, dass die vom Interpellanten aufgeführte Anzahl Fälle sich auf sämtliche im entsprechenden Jahr erfassten Fälle bezieht. Darunter befinden sich auch solche, die während des Jahres von der Sozialhilfe wieder unabhängig geworden sind.

Als Ergänzung seien die jeweils laufenden Fälle aufgelistet:

Dezember 2002	325 laufende Unterstützungsfälle
Dezember 2003	366 laufende Unterstützungsfälle
Dezember 2004	380 laufende Unterstützungsfälle
Juli 2005	380 laufende Unterstützungsfälle

Als kleiner Lichtblick darf festgestellt werden, dass die Anzahl laufender Fälle nach einer weiteren Zunahme in den ersten Monaten des Jahres 2005 bis Ende Juli wieder auf das genau gleiche Niveau gesunken ist wie Ende letzten Jahres.

Bei diesen Zahlen ist im Übrigen zu bedenken, dass nicht alle von der Sozialhilfe unterstützten Personen für eine Arbeit vermittlungsfähig sind. So gibt es familiäre, gesundheitliche und persönliche Umstände, die eine Arbeitsvermittlung nicht zulassen oder unmöglich machen.



Seite 2

2. *Wenn es der Tatsache entspricht, dass praktisch jeder 12. Mensch im arbeitsfähigen Alter in unserem Kanton auf der Suche nach einer Stelle ist, um seinen Lebensunterhalt zu bestreiten, dann ersuche ich den Gemeinderat von Riehen die Initiative zu ergreifen, um der Basler Regierung **bewusst** zu machen, dass dieser Mangel an Arbeitsplätzen – harmlos ausgedrückt – **unerträglich** ist.*

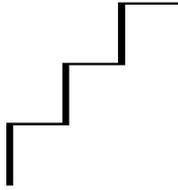
Das Anliegen des Interpellanten zielt darauf, den Basler Regierungsrat eindringlich auf die schwierige Situation der Betroffenen hinzuweisen. Dafür würden natürlich in erster Linie parlamentarische Vorstösse auf kantonaler Ebene zur Verfügung stehen.

Dem Gemeinderat ist aber bekannt, dass sich die Basler Regierung der Problematik hundertprozentig bewusst ist. Die wirtschaftliche Entwicklung von Basel-Stadt ist dem Regierungsrat ein sehr grosses Anliegen. Ebenso die Linderung der äusserst schwierigen Situation der betroffenen Bevölkerung. Dies konnte der Gemeinderat erst kürzlich anlässlich eines Gesprächs mit dem Regierungsrat erneut feststellen, als die Zukunft der Notwohnungen im Kanton besprochen wurde. Der Gemeinderat erachtet es deshalb nicht als notwendig, den Regierungsrat zusätzlich auf die Problematik hinzuweisen. Da beiden Exekutiven die hohen Zahlen von Arbeitslosen und Sozialhilfebeziehenden absolut bewusst sind, hätte der Gemeinderat Verständnis dafür, wenn der Regierungsrat auf eine entsprechende Initiative des Gemeinderats mit Unverständnis oder mit Kopfschütteln reagieren würde.

3. *Ist der Gemeinderat bereit mit der Basler Regierung eine Vereinbarung zu treffen, dass baldmöglichst eines oder mehrere Treffen mit den zuständigen Basler Wirtschaftsführern stattfinden? Thema und Zielsetzung: **Schaffung von Arbeitsplätzen für Arbeitslose und Sozialhilfe-Empfänger.***

Der Gemeinderat ist davon überzeugt, dass die Basler Regierung alle ihre Möglichkeiten ausschöpft, um Arbeitsplätze in unserem Kanton zu erhalten oder zu fördern. Es steht dem Gemeinderat nicht zu, dem Regierungsrat in seiner Vorgehensweise gut gemeinte Ratschläge zu erteilen oder gar auf irgendeine Weise Druck auszuüben.

Bei der Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen handelt es sich um ein Anliegen, das praktisch sämtliche politisch Verantwortlichen mittragen. In dieser Angelegenheit von Exekutive zu Exekutive via Vereinbarung verbindliche Zusagen betreffend konkreten Massnahmen zu fordern, müsste Befremden auslösen. Der Gemeinderat ist deshalb nicht bereit, den Regierungsrat von Basel-Stadt mit dem vom Interpellanten vorgeschlagenen Vorgehen zu bedrängen.



4. *Welche weiteren Möglichkeiten sieht der Gemeinderat, um die Anzahl dieser Arbeitssuchenden deutlich zu verringern.*

Der Gemeinderat beschränkt sich bei seinen Massnahmen auf die Verhältnisse in Riehen. Im Zusammenhang mit der Übernahme der Sozialhilfe Riehen hat er mehrfach deutlich gemacht, dass er alles in seiner Macht Stehende unternimmt, die Situation der Arbeitssuchenden zu verbessern.

Der Gemeinderat hat mehrfach unterstrichen, dass ihm die Entwicklung und Verbesserung der Sozialhilfe Riehen ein wichtiges Anliegen ist. Gemeinderat und Verwaltung engagieren sich gemeinsam für eine umfassende und effiziente Beratung für arbeitslose Bezügerinnen und Bezüger von Sozialhilfe. So hat der Gemeinderat in den letzten Monaten den Anteil der diplomierten Sozialberaterinnen und Sozialberater im Team der Sozialhilfe deutlich erhöht. In den nächsten Wochen wird zudem das Sozialhilfesekretariat verstärkt, was den beratenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine zusätzliche Konzentration auf die Beratungstätigkeit ermöglicht. Schliesslich hat der Gemeinderat dem Einwohnerrat im Rahmen des Leistungsauftrags für den Politikbereich Bildung und Soziales beantragt, das Reintegrationsprogramm von 12 angebotenen Temporärstellen auf 18 zu erhöhen.

Die zuständige Sachkommission wurde vor wenigen Tagen über das Konzept für die Entwicklung der Sozialhilfe informiert und konnte sich davon überzeugen, dass Gemeinderat und Gemeindeverwaltung konsequent an der Verbesserung der Beratung und Betreuung der arbeitslosen Sozialhilfebeziehenden arbeiten. Darüber hinaus setzt sich der Gemeinderat auch in anderen Bereichen der Berufsbildung ein und unterstützt Aktionen wie "Urbildig bringt's" oder erweitert das Angebot von Lehrstellen und Praktikumsstellen in der Gemeindeverwaltung.

Zusammenfassend darf festgehalten werden, dass sich Gemeinderat und Verwaltung intensiv um eine Verbesserung der Situation von arbeitslosen Einwohnerinnen und Einwohnern von Riehen bemühen. Einschränkend muss leider erwähnt werden, dass nur eine positive wirtschaftliche Entwicklung und eine grundlegende Verbesserung des Stellenmarkts eine nachhaltige und langfristige Trendwende herbeiführen können.

Gemeinderat Riehen

Riehen, 23. August 2005